

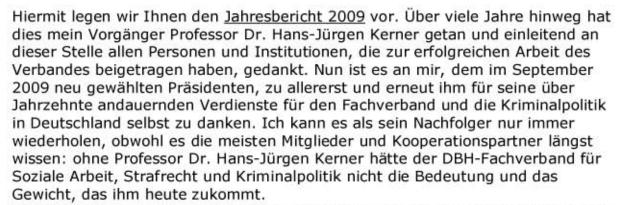
Jahresbericht 2009



Der Präsident Geleitwort zum Jahresbericht

Liebe Mitglieder

des DBH-Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik!



Hinsichtlich des Dankes gebührt dem ehemaligen Präsidenten die erste Nennung, aber selbstverständlich auch die weiteren Präsidiumsmitglieder, die auf der Bundesversammlung 2009 nicht erneut kandidierten: Frau Britta Behr, Herr Wolfgang Eißer, Herr Herbert Heister und Herr Horst Bien. Es gab darüber hinaus viele andere Institutionen und Personen, denen ich im Namen des gesamten Präsidiums auch danken möchte.

Hier sind zunächst Sie selbst als Mitglieder zu nennen, ohne deren vielfältige Beiträge, Unterstützungen und Anregungen die Verbandsarbeit nicht möglich gewesen wäre und nicht möglich sein wird. Dabei sei darauf hingewiesen, dass manche der Aufgaben nicht zu leisten gewesen wären, wenn nicht einige einen erhöhten Mitgliedsbeitrag geleistet hätten. Daneben ist für eine verlässliche kontinuierliche Verbandsarbeit die institutionelle Förderung durch das Bundesministerium der Justiz von großer Bedeutung - auch dorthin geht unser besonderer Dank.

Alle finanziellen Förderungen und Unterstützungen durch Kooperation liefen ins Leere, wenn nicht engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen teils seit Jahrzehnten für den DBH-Fachverband im Alltag tätig wären. Stellvertretend seien hier für die Bundesgeschäftsstelle Herr Peter Reckling, für das DBH-Bildungswerk Frau Renate Engels, für das TOA-Servicebüro Herr Gerd Delattre und für das Projekt Lotse Frau Renate Wevering genannt. Der Jahresbericht enthält nach diesem Geleitwort jeweils Berichte aus diesen Arbeitsfeldern, die die Erfolge belegen. Vielen Dank dafür.

Nicht nur für mich persönlich, der ich im September 2009 in Berlin auf der Bundesversammlung gewählt wurde, war die Bundestagung im Herbst von besonderer Bedeutung. Sowohl die Eingangsveranstaltung in den Räumen der Landesvertretung Baden-Württembergs als auch die zahlreichen Arbeitsgruppen und die Abschlussveranstaltung an der Freien Universität boten gute Möglichkeiten des interdisziplinären Austauschs und eines rationalen Diskurses über vielfältige Themen der Kriminalpolitik. Das neu gewählte Präsidium nahm sofort durch zwei Sitzungen noch im Jahr 2009 seine Arbeit auf. Während der Bundestagung konnte ein Kooperationsvertrag mit den anwesenden Vertretern der amerikanischen Organisation der Bewährungshilfe in (American

Probation and Parole Association; APPA) von Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner und Gary Hinzman unterzeichnet werden - wir hoffen, dass dieser Vertrag in den kommenden Jahren weiter mit Leben erfüllt werden kann.

Gestartet werden konnte im Jahr 2009 in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstituts und gefördert von der Aktion Mensch und der Robert Bosch Stiftung das Projekt "Strategien und Methoden des Übergangsmanagements für Jugendliche und junge Erwachsene vom Strafvollzug in den Arbeitsmarkt und in ein eigenständiges Leben – Problemfelder und Know-how-Transfer beispielhafter Ansätze". Durch dieses Projekt werden Problemfelder praxisnah analysiert und dokumentiert sowie eine umfassende Datensammlung von guten Beispielen des Übergangsmanagements erarbeitet und der Praxis zur Verfügung gestellt. Das Projekt wurde inzwischen auf zahlreichen Tagungen vorgestellt und wird bis September 2012 laufen.

Neu war im Jahr 2009 außerdem die organisatorische Durchführung des Landespräventionstages NRW durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des DBH - diese Beauftragung zeigt sowohl das besondere Vertrauen als auch die Professionalität unserer Fachkräfte, wofür ich nochmals danken möchte, zumal diese Aufgaben zusätzlich zu leisten waren. Der Auftraggeber war offensichtlich so zufrieden, dass der DBH auch 2010 wieder verantwortlich sein konnte. Der DBH-Newsletter in seiner elektronischen Form hat sich inzwischen als Kommunikationsform sehr bewährt – ich jedenfalls erhalte dazu ausschließlich positive Rückmeldungen.

Im Jahr 2009 wurde die Integration der Einzelmitglieder in den Verband abgeschlossen, wofür insbesondere dem Präsidiumsmitglied Norbert Lippenmeier Dank gebührt. Langsam aber stetig wächst die Anzahl der Einzelmitglieder und das neu gewählte Präsidium hat inzwischen beschlossen, auch für die Einzelmitglieder besondere Kommunikationsstrukturen und Angebote innerhalb des Verbandes anzubieten. Ich lade alle Mitglieder ein, daran mitzuwirken und natürlich lade ich auch zu neuen Mitgliedschaften ein.

Nachdem die Jugendstrafvollzugsgesetze der Länder alle in Kraft gesetzt worden waren, haben wir uns mit Fachleuten aus den Ministerien, Verbänden und Wissenschaft zum Erfahrungsaustausch über die Entwicklung des Jugendstrafvollzugs zusammengesetzt und verabredet, diesen Austausch auch in Zukunft zu pflegen. Wir wollen als Fachverband den stationären und ambulanten Bereich, von der drohenden Untersuchungshaft über die Entlassungsvorbereitung (Übergangsmanagement) bis zu Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und freier Straffälligenhilfe, von der sozialen Hilfe im Strafvollzug bis zu den Maßregeln und Gesamtkonzepten einer integrierten Resozialisierung begleiten und kritisch würdigen.

Abschließend möchte ich zumindest mit einigen Worten erklären, warum ein solcher Jahresbericht erst zehn Monate nach Beendigung des Jahres publiziert wird. Es ist nicht so, dass die Reflexion des Jahres selbst und die Formulierung eines Geleitwortes oder der Berichtsteile über die Arbeitsfelder solange dauert, sondern es sind die bilanzierten Zahlen, die wir erst nach der Sommerpause zur Verfügung hatten. Wir wollen uns bemühen, im nächsten Jahr den Bericht etwas früher vorzulegen – aber vor August oder September wird es auch dann sicherlich nicht gelingen.

Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg und verbleibe mit freundlichen Grüßen.

Köln und Berlin im November 2010

Viz al

Prof. Dr. Heinz Cornel



Jahresbericht 2009 für die Mitglieder

Die Öffentlichkeitsarbeit stellte sich wieder als eine zentrale Aufgabe, wie auch die Positionierung zu wichtigen Fragen der Straffälligen- und Opferhilfe, dar. Der DBH-Fachverband war auf verschiedenen Veranstaltungen durch Präsidiumsmitglieder und Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle präsent. Durch Fachtagungen, Fortbildungsangebote, Publikationen und verschiedene öffentliche Auftritte konnten die Ziele des Verbandes vertreten und seine öffentliche Wahrnehmung gestärkt werden. Der dbh-newsletter hat sich zu einem wichtigen Informationsmittel entwickelt. Es erschienen in diesem Jahr 19 Ausgaben, die wichtige Nachrichten in elektronischer Form präsentierten. Die Zahl der Abonnenten hat sich erfreulich auf über 1.000 Adressaten erhöht. Mit diesem Medium werden aktuelle Informationen an Interessierte in unserem Umfeld, die Fachkräfte aus den Ministerien, den Sozialen Diensten der Justiz, den Vereinen der freien Straffälligenhilfe, den interessierten Forscher/innen aus den Universitäten und vielen weiteren Personen gegeben. Die aktuelle Präsenz im Internet unter www.dbh-online.de wurde erweitert, wobei auf eine solide Grundstruktur zurückgegriffen werden kann, da die Seite nun auf einem System basiert, das uns erlaubt aktueller und einfacher Informationen im Internet einzustellen. Einher ging dies auch mit einer Art Bündelung der Internetpräsenz, denn wir veröffentlichen nun auch auf dieser Seite unsere Fortbildungs- und Fachtagungsangebote.

Nach der Satzungsänderung, auf der beschlossen wurde, dass ab 2009 wieder Einzelmitglieder aufgenommen werden können, haben wir im Jahr 2009 60

Einzelmitglieder aufgenommen.







Auf der DBH-Bundestagung im September in Berlin wurden wichtige Fragen der Kriminalpolitik unter dem Thema "Kriminalpolitik gestalten. Übergänge koordinieren – Rückfälle verhindern" mit den 250 Teilnehmenden diskutiert. Gleichzeitig wurde in der Bundesversammlung das neue DBH-Präsidium gewählt. Nach annährend 30 Jahren Präsidiums- bzw. Vorstandsvorsitz hat Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner nicht erneut kandidiert. Als sein Nachfolger wurde Prof. Dr. Heinz Cornel (Berlin) einstimmig gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Dr. Bernhard Böhm (Berlin) gewählt.

Die Veranstaltungsreihe zum Übergangsmanagement führen wir nun schon im dritten Jahr erfolgreich durch. Die Referenten haben die unterschiedlichen Modelle des Übergangs von der Strafhaft zur Nachsorge vorgestellt. Dabei wurden auch internationale Erfahrungen aufgegriffen. Die große Resonanz dieser Thematik, hat den DBH-Fachverband veranlasst Mittel für ein Sonderprojekt bei der Aktion Mensch und der Robert Bosch Stiftung zu beantragen. Dieses Projekt wird seit dem 01.10.2009 durchgeführt. Dafür wurde als Fachkraft, Frau Kerstin Schreier, eingestellt.

Zur Thematik der Privatisierung führten wir eine Fachtagung in Frankfurt durch. Dabei wurde die Entwicklung in Baden-Württemberg bezüglich der Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe an den freien Träger Neustart diskutiert. Es trafen dabei Befürworter und Kritiker auf einander.

Die Zusammenarbeit mit den bundesweiten Verbänden haben wir fortgesetzt. Dabei konnten wir an die erfolgreiche Kooperation bei der Aufstellung der Mindeststandards anknüpfen. Insbesondere mit der DVJJ hat sich eine angenehme und konstruktive

Zusammenarbeit ergeben. Mit der ADB führten wir gemeinsam den Bewährungshelfertag im Frühjahr 2009 in Berlin durch.

Auf dem 14. Deutschen Präventionstag in Hannover hat der DBH-Fachverband sich erneut dafür eingesetzt, dass die Themenbereiche der tertiären Prävention vorgestellt werden. Mit Partnern vor Ort, traten wir in einer Standgemeinschaft mit niedersächsischen Vereinen auf. Das DBH-Bildungswerk ist ständiger Partner dieses großen Fachkongresses, der im diesem Jahr wieder annährend 4.000 Besucher zählte. DBH hat mit einem eigenen Stand seine Arbeit vorgestellt und es haben Mitarbeiter/innen Moderatorentätigkeiten in verschiedenen Veranstaltungen wahrgenommen. 2009 fanden 3 Präsidiumssitzungen statt, auf denen sowohl Fragen der Weiterentwicklung des Verbandes und der finanziellen Konsolidierung, Fragen des Übergangsmanagements, des Täter-Opfer-Ausgleichs und weiterer Themenbereiche beraten wurden. Einen erheblichen Teil der Arbeit nahm die Vorbereitung der Bundesversammlung ein, da sich abzeichnete, dass personell einschneidende Veränderungen anstehen. Insbesondere das Ausscheiden vom Präsidenten und Vizepräsidenten musste gut vorbereitet werden.



Das neu gewählte Präsidium führte gleich nach der Bundestagung 2 Sitzungen durch. Auf der Gruppenaufnahme vor der DBH-Bundesgeschäftsstelle stehen: Dr. Bernhard Böhm, Gabriele Nagel, Norbert Lippenmeier, Prof. Dr. Heinz Cornel, Frank Winter, Ulrike Jensen, (Peter Reckling), Heinz Strohmann und Johannes Sandmann (von links nach rechts)

Gutlanden statt stranden – Stabile Übergänge zwischen Bewährungshilfe und Justizvollzug, 28.-30.04. in Binz

Mit Vertretern der Landesjustizministerien, der Hochschulen und Verbände diskutierten Fachleute auf der DBH-Fachtagung in Berlin – die gemeinsam mit der DVJJ durchgeführt wurde –über die Ergebnisse der Jugendstrafvollzugsgesetzgebung in den einzelnen Bundesländern. Wir werden diese anregende Diskussionsrunde zu weiteren Themen der Ländergesetzgebung fortsetzen.

Im internationalen Bereich hat DBH die Kontakte im europäischen Rahmen – insbesondere zu den Gremien und Mitgliedern der CEP – gefördert. Auf der CEP-Tagung zu dem Rahmenbeschluss der grenzüberschreitenden Bewährungshilfe in Dublin war DBH aktiv vertreten. Anlass für dieses Arbeitstreffen war der in Kürze in Kraft tretende EU-Rahmenbeschluss über die Anerkennung und Überwachung von Bewährungsstrafen, alternativen Sanktionen und bedingten Verurteilungen. Im Seminar konnten wertvolle Anregungen für die Umsetzung des Rahmenbeschlusses in nationales Recht erarbeitet werden. DBH wird an diesem Thema auch weiter mitwirken. Es besteht ein enger Kontakt zum CEP-Vorstand und der Geschäftsführung. Es ist ein gemeinsames Anliegen, die europäische Dimension in der deutschen Bewährungs- und Straffälligenhilfe zu fördern. Deshalb ist nunmehr für das Jahr 2010 eine deutschsprachige Fachtagung der CEP und seiner Mitgliedsorganisationen geplant.



Es ist eine Ausgaben der DBH-Materialien in diesem Jahr erschienen: "Kriminalpolitische Herausforderungen – Bewährungs- und Straffälligenhilfe auf neuen Wegen". Die Herausgabe der Reihe "DBH-Materialenhefte" wird im Buchformat und in Kooperation mit dem Produzenten "Books on Demand" (Libri) fortgesetzt. Damit ist eine ansprechende und wirtschaftlich vertretbare Möglichkeit eröffnet, interessante Fachthemen zu publizieren.

Die Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE erscheint in gewohnter Qualität und Konstanz. In diesem Jahr erschienen die Schwerpunkthefte zu den Titeln:

- Übergangsmanagement,
- Entwicklung sozialer Strafrechtspflege und
- Resilienz.

Die Redaktion arbeitet selbständig und verantwortet die inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift, Eine Rubrik des DBH-Fachverbandes auf den letzten Seiten der Zeitschrift ist als Verbandsinformation eingerichtet. Unter Verantwortung des DBH-Fachverbandes sind die aktuellen Inhaltsverzeichnisse der Zeitschrift im Internet unter www.bewhi.de veröffentlicht. Ein Archiv der Inhaltsverzeichnisse ist online verfügbar.

Peter Reckling (Bundesgeschäftsführer)

Informationen aus der BAG-S Der DBH-Fachverband ist gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden Gründungsmitglied

der Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S). Im Vorstand der BAG-S ist der DBH durch Renate Engels (Stellvertretung: Peter Reckling) vertreten. Der Vorsitz der BAG-S rotiert laut Satzung alle zwei Jahre. Im Jahr 2009 (und 2010) hat den Vorsitz die Diakonie inne, vertreten durch Christian Bakemeier, 1. Stellvertreter ist Hartmut Arweiler für das DRK und 2. Stellvertreter Cornelius Wichmann für die Caritas. Der BAGS-Infodienst erschien 2009 dreimal und kann auf der Homepage www.bagstraffaelligenhilfe.de herunter geladen werden; ebenso wie der Wegweiser für Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige in der 2009 aktualisierten Fassung. Die von der

BAG-S herausgegebene Broschüre "Wenn Jugendliche straffällig werden … Ein Leitfaden für die Praxis" findet sich in der Fassung von 2008 ebenfalls auf der Homepage. Eine Überarbeitung/Aktualisierung ist für 2010 geplant, Die Dokumentation des Fachkongresses "Straffälligenhilfe 2008: Straffälligenhilfe als Armenpflege?" wurde fertiggestellt. Der BAGS-Newsletter erschien seit Juli 2009 monatlich. Die BAG-S präsentierte sich und einzelne Mitglieder auf der begleitenden Ausstellung des 14. Deutschen Präventionstages. Drei Fachausschüsse arbeiteten im Auftrag der BAG-S zu den folgenden Themen: Straffällig gewordene Frauen

Angehörigenarbeit

Datensätze in der Freien Straffälligenhilfe

2009 waren die folgenden Personen hauptamtlich für die BAG-S tätig: Dr. Gabriele Scheffler, Geschäftsführung, Eva Berns, Referentin, und Kathrin Puvogel,

Finanzen

Verwaltung.

Der Haushalt 2009 hat erfreulicherweise positiv abgeschlossen. Mit einem kleinen Plus von 545,04 Euro konnte das Jahr finanziell gut abgeschlossen werden. Diesem Ergnis ist zu verdanken die weiter konstante Förderung durch den Bund und die Unterstützung durch einzelne Bundesländer, für die wir bestimmte Leistungen erbringen. Die

Mitgliedsbeiträge, das Einwerben von Geldauflagen und die durch Eigenaktivitäten eingenommen Mittel (Seminare, Bücher etc.) sind für unsere Arbeit wesentliche Grundlagen. An dieser Stelle gilt der Dank allen Unterstützern, Mitgliedern und Förderern.



36 Fachtagungen, Seminare und Kongresse für verschiedene Zielgruppen aus dem Feld von Sozialer Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik wurden im Jahr 2009 erfolgreich durchgeführt. Dazu gehörten stark von der Praxis geprägte Themen wie: Gesprächsführung in der Sozialen Arbeit, Vom Umgang mit Lügnern und Betrügern, Wege aus dem Schuldenturm, Arbeitslosen- und Sozialversicherungsrecht für die Praxis in der Straffälligenhilfe, Umgang mit psychisch Kranken usw. Mehrere Fachtagungen und Kongresse führten auch interdisziplinär die Teilnehmenden zusammen. Dazu gehörten 2009 u. a. der 14. Deutsche Präventionstag, der 2. Bewährungshelfertag in Berlin veranstaltet gemeinsam mit der ADB (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer e.V.), die Fachtagung zum Übergangsmanagement vom Strafvollzug zur Nachbetreuung – Praxismodelle aus den Ländern, zu den Länderstrafvollzugsgesetzen und zur Privatisierung der Bewährungshilfe. Ganz zentral war jedoch die Durchführung der 20. DBH-Bundestagung vom 23.- 26. September 2009 in Berlin diesmal unter der Überschrift "Kriminalpolitik gestalten: Übergänge koordinieren – Rückfälle verhindern".

Für den Überblick ein paar Zahlen aus dem DBH-Bildungswerk aus den letzten 10 Jahren:

Jahr	Veranstaltungen	Teilnehmende*	Teilnehmertage*
2000	67	2.100	5.000
2001	65	2.000	4.900
2002	60	1.200	2.900
2003	58	2.000	4.900
2004	57	2.100	4.200
2005	45	2.900	6.300
2006	41	2.600	6.500
2007	30	3.000	6.800
2008	32	3.200	6.400
2009	36	3.500	7.350

*gerundet

Der DBH-Fachverband führte 2009 zum 20. Mal seine Bundestagung durch. 250 Fachleute aus dem Feld von Sozialer Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolititk diskutierten angeregt von spannenden Vorträgen der Experten/Expertinnen aus In- und Ausland kompetent und interdisziplinär im Plenum und in Arbeitsgruppen über die vielfältigen Aspekte der Gestaltung von Kriminalpolitik.



Der 14. Deutsche Präventionstag
(DPT) fand vom 08.-09. Juni 2009 unter
dem Motto "Solidarität leben – Vielfalt
sichern" in Hannover statt. Das DBHBildungswerk unterstützte den Kongress
wieder sehr tatkräftig am Counter, in den
Arbeitsgruppen und in der Ausstellung mit
dem DBH-Stand und im Vorfeld auch in der
Planung und Vorbereitung. Insgesamt ca.
3.000 Teilnehmende und Besucher der
Ausstellung, DPT-Bühne und weiteren
Veranstaltungen beschäftigten sich mit
Themen der Kriminalprävention in ihren
diversen Facetten.

Der Programmbeirat des DPT, in dem das DBH-Bildungswerk durch seine Leiterin, Renate Engels, vertreten ist, verabschiedete zum Schwerpunktthema "Solidarität leben – Vielfalt sichern" die Hannoveraner Erklärung, in der der DPT an die Verantwortlichen in der

Politik, in Vereinen, Verbänden und sonstigen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene appelliert, alle Möglichkeiten zu nutzen, um kriminalpräventives Engagement anzuerkennen, zu unterstützen und in die Öffentlichkeit zu bringen. Das ausführliche Gutachten zum Schwerpunktthema verfasste wiederum Dr. Wiebke Steffen. Sie finden das Gutachten, die Hannoveraner Erklärung sowie eine Reihe von Vorträgen des 14. DPT im Internet unter www.praeventionstag.de.

Erfreulicherweise bewerteten die Teilnehmenden unserer Veranstaltungen – soweit sie uns eine Rückmeldung gaben – diese wiederum als sehr hilfreich für die Berufstätigkeit und die Leistung der Seminarleitungen und Referierenden als sehr geeignet und hilfreich. Die durchschnittliche Bewertung lag (ausgehend von Schulnoten) bei "gut". Zwei besonders positive Beispiele sollen hier genannt werden: Die schon seit einigen Jahren angebotene Fortbildung "Wege aus dem Schuldenturm – Schuldnerberatung als integraler Bestandteil der Straffälligenhilfe" und das "Zeitmanagement" wurde von den Teilnehmenden deutlich besser als "gut" bewertet. Wir freuen uns sehr, dass die Veranstaltungen auch 2009 den Anforderungen der Teilnehmenden entsprachen und greifen gelegentliche Kritik oder Verbesserungsvorschläge jederzeit gerne auf, um die Oualität zu erhalten oder wo möglich zu verbessern.

Seit Jahren besteht mit dem Lohmarer Institut für Weiterbildung eine angenehme und erfolgreiche ständige Kooperation, die sich auch auf einige Veranstaltungen zum Thema Gesprächsführung und Rhetorik erstreckte.

Die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Fort- und Weiterbildung wurde fortgesetzt, das DBH-Bildungswerk strebt eine Zertifizierung nach den Richtlinien des Gütesiegelverbundes Weiterbildung e. V. an. Die Qualitätskriterien können bei Interesse auf der Homepage www.quetesiegelverbund.de nachgelesen werden. Die erforderlichen Arbeiten haben begonnen und werden uns in den folgenden Jahren begleiten. Der Zertifizierungsprozess wird voraussichtlich im Jahr 2011 mit der Zertifikatsvergabe abgeschlossen sein. Die Re-Zertifizierungen sind anschließend im Turnus von drei Jahren zu absolvieren. Um die umfangreichen Aufgaben im Rahmen der Zertifizierung besser leisten zu können, haben wir gemeinsam mit einigen Kölner und Bonner Bildungswerken einen Arbeitskreis Zertifizierung gegründet, um zielorientiert die Anforderungen anzugehen und uns in dem umfangreichen Prozess gegenseitig zu unterstützen. Wir erhoffen uns durch die detaillierten Betrachtungen, Bewertungen und Analysen, die in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess einfließen, eine weitere Verbesserung unserer Arbeit und durch den Zertifizierungsprozess konkret neue Anregungen für die inhaltliche Gestaltung, die Organisation und letztendlich für die Zufriedenheit der Teilnehmenden, die uns sehr wichtig ist.







Das Bildungswerk arbeitet seit Jahren im Arbeitskreis Weiterbildung Köln (AWK) mit, in der fast alle nach dem Weiterbildungsgesetz NRW anerkannten und in Köln beheimateten Bildungseinrichtungen sich regelmäßig informieren, austauschen und gemeinsame Akionen planen. Auch wenn das DBH-Bildungswerk mit seiner besonderen Themenstellung weniger in einen inhaltlichen Diskurs mit den anderen Einrichtungen der Weiterbildung tritt, so sind doch die methodisch-dikaktischen, organisatorischen und verwaltungstechnischen sowie die regionalen Aspekte des Austausches eine Bereicherung für die tägliche Arbeit.

Renate Engels (Leiterin des Bildungswerks)

Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung



Das Jahr 2009 war gekennzeichnet durch zahlreiche Aktivitäten, die in einem kurzen Jahresbericht nicht alle aufgeführt werden können.

Allein die Beratungstätigkeit am Telefon bei Anfragen aus allen Bereichen verlangt nicht unerhebliche personelle Ressourcen. Da ist der Student, der über aktuelle Entwicklungen Auskunft haben will, Der Mitarbeiter in einer Praxisstelle, der einen sich für eine bestimmte Handlungsweise noch einmal ab sichern möchte oder das betroffene Opfer einer Straftat, das sich über die Möglichkeiten des TOA, speziell in diesem einen Fall, informieren möchte.

Im Arbeitsgebiet 'Informationen' kamen 2009 zahlreiche Referate und Auftritte, sowie zwei Nummer des TOA-Info-Dienstes hinzu. Im Bereich der 'Qualifikation' wurde wieder der berufsbegleitende einjährige Lehrgang 'Mediator in Strafsachen' im achtzehnten Jahr durchgeführt.

Im Bereich der Qualitätssicherung konnte im Berichtszeitraum ein großer Schritt zur Fortführung der TOA-Standards vollzogen werden.

Ein herber Rückschlag war die Tatsache, dass uns eine langjährige, höchst kompetente Mitarbeiterin zum Herbst verlassen hat. Dieser Verlust konnte bis heute nicht kompensiert werden.

Drei Teilbereiche, mit denen wir uns im Berichtszeitraum intensiver beschäftigt haben, sollen im nachfolgenden etwas ausführlicher beschrieben werden:

Das Thema Gewaltprävention im Sport ist nicht neu. Die zahlreichen Fanprojekte, die

Konfliktschlichtung im Fußball

interkulturelle Konfliktvermittlung (vgl. "Konfliktmanagement im Fußball", Hrsg. Sportjugend Hessen) oder die Verabschiedung der Handlungsempfehlungen gegen Rassismus auf den Plätzen durch den Berliner Fußballverband mögen hierfür einen ausreichenden Beleg darstellen. Alle diese Maßnahmen sind höchst anerkennenswerte Beiträge im Kampf gegen Gewalt, Fanatismus und Rassismus in unserer Gesellschaft nicht nur im Sport.Gleichwohl sind die Reaktionsmöglichkeiten innerhalb der Sportgerichtsbarkeit bisher eher als begrenzt anzusehen. In der Hauptsache sind das die Sperre und die Geldstrafe. Das Ziel ist klar: Die Verhinderung oder zumindest die Reduzierung von Gewalt. Ob dies aber nur mit den genannten Mitteln erreicht werden kann, ist anzuzweifeln. Da es sich bei den "meisten Vergehen auf dem Spielfeld um "Spontan- und Affekttaten" handelt, also um Taten, bei denen der handelnde Spieler vorher über das Unrecht seines Tuns und mögliche Folgen nicht weiter nachdenkt" (so der stellvertretende DFB-Kontrollausschuss-Vorsitzende und Generalstaatsanwalt a. D. Norbert Weise), ist eher von einer geringen Wirkung von harten Strafen - unter spezialpräventiven wie generalpräventiven Aspekten – auszugehen. Dazu kommt: Die Sportgemeinschaften, insbesondere im Fußballsport, sind Institutionen mit sozialer Nähe von hoher gesellschaftlicher Bedeutung. Oft sind sie die letzte Bastion, die Menschen, die aus anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens längst heraus gefallen sind, weiter integriert und an ihrem Gemeinschaftsleben teilhaben lässt. Neben dem großen sportlichen Ziel des Fair Play gehört immer noch die Integration zu den Grundfesten der Bewegung. In Bezug auf Strafen wird dies besonders schwierig. Wer auf Integration setzt, muss den Spagat zwischen der angemessenen Sanktion und dem gleichzeitigen Brückenbau zurück in die Gemeinschaft schaffen. Die Botschaft muss immer beides ausdrücken: Du hast zwar gefehlt, aber du gehörst zu uns! Ein nicht leichtes Unterfangen, wenn die Botschaft auch tatsächlich ankommen soll. Auf dieser Basis ist es naheliegend, dass man mit Blick auf das Strafrecht und die dort vorhandenen, bewährten und differenzierten Maßnahmen auf ihre Tauglichkeit innerhalb der Sportgerichtsbarkeit diskutiert. Diese Überlegungen schließen die Bewährungsstrafe ebenso ein wie das Anti-Gewalt-Training oder den sozialen Trainingskurs. Die Überlegungen, die positiven Erfahrungen mit dem Täter-Opfer-Ausgleich im allgemeinen Strafrecht auf die Sportgerichtsbarkeit zu übertragen, sind erst neueren Datums: Bei einem Treffen im Justizministerium in Rheinland-Pfalz, an dem neben dem DFB-Präsidenten Theo Zwanziger auch der Justizminister des Landes, Dr. Heinz Bamberger, persönlich teilnahm, wurden dann die Überlegungen konkreter.

Eckpunkte dieser Überlegungen waren: Ein anderer Begriff als "Täter-Opfer-Ausgleich" muss für die Konfliktschlichtung in der Sportgerichtsbarkeit gefunden werden. Der Einsatz von professionellen Konfliktschlichtern aus dem Bereich des TOA ist dem Einsatz von ehrenamtlichen Mediatoren vorzuziehen. Es soll kein Unterschied zwischen Jugendlichen und Erwachsenen gemacht werden. In einem zunächst auf regionaler Ebene angesiedelten Modellprojekt sollen erste Erfahrungen gesammelt und erst bei einer erfolgreicher Umsetzung soll eine Flächendeckung im gesamten Verbandsgebiet erfolgen. Auf der Basis dieser Rahmenbedingungen und mit dem Ziel, positive Veränderungen herbeizuführen, beauftragte der Deutsche Fußballbund das TOA-Servicebüro, ein Konzept für die Konfliktschlichtung im Fußball auf dem Verbandsgebiet des Südwestdeutschen Fußballverbandes (SWFV) vorzulegen. Dieses Konzept wurde dem

StandardsAusgehend vom 10. TOA-Forum in Oldenburg, bei dem der Bedarf einer Überarbeitung

DFB im Herbst 2009 übergeben

der TOA-Standards deutlich wurde, installierte das TOA-Servicebüro eine Arbeitsgruppe von 17 Praktikern aus sehr unterschiedlichen Regionen, mit unterschiedlichen Trägerstrukturen und mit unterschiedlichen Konzepten. Am Ende sollte ein Produkt von der Praxis für die Praxis stehen.

Ausgangspunkt für die 2009 erarbeitete Fassung der Standards war die sogenannte "Herbsteiner Erklärung", in der die Praktiker des Täter-Opfer-Ausgleichs erstmalig für

"Herbsteiner Erklarung", in der die Praktiker des Tater-Opter-Ausgleichs erstmalig für sich verpflichtende Standards formulierten. Eine Arbeitsgruppe von fünf Kollegen entwickelte 1994 in wahrer Pionierarbeit in einem Zeitraum von 15 Monaten die erste Auflage und später – im Jahre 2000 – waren es sechs weitere Kolleginnen und Kollegen, die sich an eine intensive Überarbeitung machten und im Ergebnis eine vierte Auflage ablieferten. Ein Schwerpunkt der Arbeit der aktuellen Gruppe war die Straffung und Fokussierung der Inhalte auf den aktuellen Stand der reflektierten TOA-Praxis.

Die Arbeitsgruppe sah sich dieser Tradition und hat das Papier zur Diskussion gestellt. Nicht ein Programm ,von oben' mit Vorschriften sollte es sein. Ziel war eine möglichst

breite Zustimmung der Basis zu erreichen. Es war festzustellen, dass die Standards an manchen Stellen einer sich bereits verändernden und verbesserten Praxis nicht mehr entsprachen. Besonders bei Fragen der Opferperspektive waren Nachbesserungen notwendig. Bisher wurde nicht eindeutig genug ausgedrückt, dass ein Opfer zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens seine Zustimmung zum Täter-Opfer-Ausgleich widerrufen kann und dass der Respekt vor dem "Nein" des Opfers zu den Essentials mediativer Arbeit im Täter-Opfer-Ausgleich gehört.

Die Lesbarkeit früherer Auflagen hat unter der Verwendung unterschiedlicher Begriffe für ein und dieselbe Sache gelitten. Die Gruppe hat sich nachlanger Diskussion zur

durchgängigen Weiterverwendung des Begriffes ,Täter-Opfer-Ausgleich' entschieden und verzichteten auf die bekannten Alternativen, wie ,Mediation in Strafsachen' usw. Auch wurde dem Begriff ,Allparteilichkeit' durchgängig der Vorzug vor ,Neutralität' gegeben. Die neuen überarbeiteten Standards werden bisher u. a. vom Arbeitskreis der Opferhilfen, der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichtshilfen und Jugendgerichte und dem Bund Deutsche Schiedsleute mitgetragen. Eine Erweiterung der Zustimmung auf einer möglichst breiten Basis ist angestrebt und soll durch weitere Diskussion

Ausbildung Neben dem bereist erwähnten und allseits bekannten Ausbildungslehrgang zum Mediator

Einarbeitung von Vorschlägen erfolgen.

in Strafsachen hat das Servicebüro eine weitere Form der Ausbildung entwickelt, die 2009 den Schritt vom Prototypen zur Serienversion vollzogen hat:
Die Ausgangslage kann beschrieben werden, dass relative wenig Wissen über den Täter-Opfer-Ausgleich bei den Vertretern der Justizpraxis und der Polizei vorhanden ist. Dem Täter-Opfer-Ausgleich droht, wenn dem nicht entgegengesteuert wird, ein ähnliches Schicksal, wie dem Adhäsionsverfahren, das in der Praxis eine vollkommen marginale Rolle einnimmt. Auf der Basis dieses Befundes und mit dem Ziel, hier positive Veränderungen herbeizuführen, beauftragte das Justizministerium in NRW das TOA-Servicebüro ein Konzept für Schulungsmaßnahmen für Amts- und Staatsanwälte, für

Polizisten und Richter vorzulegen Das daraus entstandene Ausbildungsprogramm beruhen unter anderem auf informellen Münster, Siegen und Duisburg mit Vertretern der Polizei, der Staatsanwaltschaft und einem Richter geführt wurden. Ziel dieser offenen Gespräche war es, auf unbürokratische Weise Informationen und Einstellungen zu Fortbildungsprogrammen und dem TOA zu erhalten. Es wurde vereinbart, dass die Antworten nicht den einzelnen Personen zugeordnet werden, sondern eine Zusammenfassung der gesamten Befragung erstellt werden soll. Ziele dieser Gespräche war es, Informationen zu sammeln, die es ermöglichen, ein Fortbildungsangebot zu entwickeln, das den Bedürfnissen und Bedingungen der Praxis entspricht und nicht als Fremdkörper empfunden wird und damit von vornherein auf Widerstände stößt.

Im Ergebnis stand eine eintägige Indoor-Veranstaltung, die in den Staatsanwaltschaften durchgeführt werden kann.

Das Referat - Opferschutz und Täter-Opfer-Ausgleich – Widerspruch oder Ergänzung? - gibt eine grundsätzliche Einführung in die Opferperspektive bei Straftaten und geht auf die Grenzen und Möglichkeiten des TOA in diesem Kontext ein.

Gesprächen, die im September und Oktober 2007 in Wuppertal, Dortmund, Bochum,

die Grenzen und Möglichkeiten des TOA in diesem Kontext ein.

Das Referat - Täter-Opfer-Ausgleich - Die Praxis eines alternativen Umgangs mit Straftaten - vermittelt einen vertiefenden Blick hinter die Kulissen der Vermittlungstätigkeit und bringt die 'Philosophie' des Täter-Opfer-Ausgleichs zum Ausdruck. Das Referat - Täter-Opfer-Ausgleich im allgemeinen Strafrecht - geht auf die rechtlichen Grundlagen des Täter-Opfer-Ausgleich im allgemeinen Strafrecht ein, beschreibt den TOA als einen eigenständigen, sozialkonstruktiven Weg zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens und schließlich zeigt der Vortrag - Praktische Erfahrungen im Rahmen der amtssanwaltschaftlichen Tätigkeit – ganz konkret die Möglichkeiten, wie der TOA in die Alltagspraxis integriert und erfolgreich durchgeführt werden kann.

Mit dem Bundesanwalt Dr. Schädler, dem Kriminologen Prof. Dr. Rössner und der

erfahrenen Amtsanwältin Annegret Evers konnte ein Team mit ausgewiesenen Experten gewinnen. Die für alle in Nordrhein-Westfalen noch flächendeckend bei allen Staatsanwaltschaften geplanten Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Viele Dinge sind im Berichtszeitraum noch bearbeitet worden, würden aber den Rahmen des Jahresberichtes sprengen. Abschließend wollen wir all diejenigen, die sich auf

des Jahresberichtes sprengen. Abschließend wollen wir all diejenigen, die sich auf vielfältige Weise für de TOA und das Servicebüro eingesetzt haben, den Kooperationspartnern und den zuständigen Personen in den Institutionen und Ministerien für die gute Zusammenarbeit ganz herzlich danken.

Gerd Delattre Projektleiter





EIN PROJEKT DES DBH-BILDUNGSWERKES zur Förderung und Unterstützung vonFreier Hilfe im Arbeitsfeld von Sozialer Arbeit, Straf-

LOTSE unterstützt ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer

in der Straffälligenhilfe

Projektaktivitäten 2009 in NRW

Das Projekt LOTSE im DBH-Bildungswerk fördert mit Unterstützung des NRW-Justizministeriums seit 1996 die ehrenamtliche Betreuung in der Straffälligenhilfe durch unmittelbare Ansprache der aktiven und interessierten Bürgerinnen und Bürger. Die verstetigte Projektarbeit, im Wesentlichen getragen von der Projektleiterin mit rd. 19 Wochenstunden und kollegialer Unterstützung bei Abrechnung und Versand bei seit Jahren unverändertem Budget, ist sowohl in der Zielgruppe als auch im justiznahen Bereich gut verankert. Im Zusammenhang mit der gestiegenen Wertschätzung und Nachfrage bürgerschaftlichen Engagements in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen gilt es. ausreichende Aufmerksamkeit und Interesse für den "weggeschlossenen" und kaum sichtbaren Bereich der Straffälligenhilfe zu sichern, der großen Teilen der Bevölkerung gänzlich unbekannt ist. Gleichzeitig stiegen die Wünsche und Erwartungen Interessierter an die Projektarbeit und die nachgefragte Unterstützungs-/Beratungsdienstleistung kontinuierlich an. In 2009 musste dabei aufgrund einer Erkrankung der Projektleiterin eine dreimonatige zeitliche Abwesenheit überbrückt werden. Die Fortführung der Gesprächskreise gelang dabei über einen längeren Zeitraum insbesondere durch eine verstärkte Einbeziehung ehrenamtlich Tätiger, teilweise auch durch hauptamtliche Kräfte aus dem justiznahen Bereich auf Honorarbasis.

LOTSE unterstützt ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer beim Einstieg und während des bürgerschaftlichen Engagements in der Straffälligenhilfe vor allem mit folgenden Angeboten:

Die sechs LOTSE-Gesprächskreise in Münster, Herford, Dortmund, Gelsenkirchen, Essen und Köln bieten im Abstand von vier bis sechs Wochen einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch an. In 2009 wurden insgesamt 36 Gesprächskreise angeboten, zu denen jeweils Fachleute aus der Justiz, dem Strafvollzug und aus anderen Gruppen und Initiativen, die Straffällige begleiten, eingeladen wurden. Damit wurde einem starken und weit verbreiteten Bedürfnis nach fachlicher Beratung der ehrenamtlich Tätigen entsprochen. Auch Besuche in sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen und der geführte Besuch von Vollzugsanstalten gehörten zu den Angeboten. Im Mai wurde ein Besuch der JVA Detmold Gesprächskreis übergreifend durchgeführt. Die LOTSE- Gesprächskreise, die in Münster, Herford, Essen und Gelsenkirchen an den Volkshochschulen stattfinden, wurden entsprechend auch über die jeweiligen Vorlesungsverzeichnisse angeboten und beworben. Die Gesprächskreise umfassen i.d.R. je nach Einzugsgebiet bis zu 15 Teilnehmer/innen, die in verschiedenen Justizvollzugsanstalten der jeweiligen Region individuell sehr unterschiedliche ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben. Kooperationen mit den örtlichen Gruppen und Vereinen der Straffälligenhilfe sind gegeben.

Der LOTSE-Info ist ein wesentliches und bewährtes Medium des Projektes zur kontinuierlichen Ansprache der bereits ehrenamtlich in der Straffälligenhilfe Tätigen und zur

Anwerbung und Einbindung zusätzlicher potentieller Ehrenamtler und zu deren Unterstützung. In 2009 wurden vier Ausgaben des LOTSE-Infos in den Monaten März, Juli, Oktober und Dezember (Ausgaben 57-60) mit einer Auflage von 2.200 Exemplaren publiziert. Der Verteiler für die direkte Zustellung an die ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer konnte aufgrund der Rückmeldungen auch in 2009 ausgebaut werden und wird ständig aktualisiert.

2009 wurde in Herford das LOTSE-Supervisionsangebot für ehrenamtliche Betreuer/innen des Jugendstrafvollzugs mit dem Supervisor Klaus Krüger fortgeführt.

Vier LOTSE-Seminare haben die o.g. Gesprächs- und Fortbildungsangebote in 2009 ergänzt.

Mit dem Psychotherapeuten und Supervisor Michael Stiels-Glenn fanden im März, Juni, Oktober und November 2009 in Recklinghausen Seminare statt zur Situation der Haftentlassung, zur Darstellung von Kriminalität in den Medien, zur Betreuung von Gewalttätern und zur Arbeit mit Familienangehörigen. Eine dem Bedarf entsprechende Ausweitung des Seminarangebotes ist aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten leider nicht gegeben.

Zur weiteren LOTSE-Öffentlichkeitsarbeit steht die Projekt-Homepage im Internet unter www.projekt-lotse.de zur Verfügung. Die Pflege und fortlaufende Aktualisierung dieser Homepage wird seit Anfang 2006 von dem ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter Heinrich Hofauer (neben seinen ehrenamtlichen Computerkursen in der JVA Köln) durchgeführt. Des Weiteren wurden regelmäßige Kontakte und Gespräche mit Medienvertretern wahrgenommen. Zusätzlich wurden Gesprächsmöglichkeiten mit Multiplikatoren (Freiwilligenagenturen, Initiativen und Vereine der Straffälligen- und Entlassenenhilfe etc.) genutzt, um das Projekt stärker bekannt zu machen und Bürgerinnen und Bürger für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Hierzu wurde auch ein regelmäßiger Austausch mit der Bereitstellung von Materialien gepflegt.

Das LOTSE-Servicebüro in der DBH-Geschäftsstelle, Köln, steht ehrenamtlich Tätigen bei allen Fragen und Problemen weiterhin kontinuierlich zur Verfügung.

LOTSE war im Berichtszeitraum eingebunden in die Koordinierungsgespräche des NRW-Justizministeriums zur Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe in Nordrhein-Westfalen. Das Projekt LOTSE ist generell und kontinuierlich um eine kooperative und kontinuierliche Zusammenarbeit und einen Erfahrungsaustausch mit weiteren Trägern der Straffälligenhilfe bemüht.

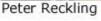
Ausblick

LOTSE unterstützt aufgrund der gesicherten gleichbleibenden Landesfinanzierung in Höhe von 90 % der Projektkosten auch in 2010 weiterhin in Nordrhein-Westfalen das bürgerschaftliche Engagement. Dabei wird versucht, die Projektarbeit einerseits den Erfordernissen anzupassen und gleichwohl die bisherige und notwendige Präsenz aufrechtzuerhalten, z.B. durch die Gesprächskreise mit den Kontakten vor Ort. Die Herausgabe des LOTSE-Infos wird – wie bereits in 2009 – auf vier Ausgaben jährlich beschränkt bleiben müssen.





Mitarbeiter/innen der Arbeitsbereiche und Projekte











Hortense Beckmann



Beate Grommes





Gerd Delattre



Regina Delattre



Evelyn Fahl



Projekt Ehrenamtliche Straffälligenhilfe



Projekt Übergangsmanagement



